



Die Rede Trumps

Wo Trump recht hat

Präsident Trump will gegen Freihandel vorgehen

Schweiz/EU/NATO

Die Schweiz darf nie in NATO und EU! Die Gründe

Analyse

Das Ende der Schweizerischen Unabhängigkeit?

Offener Brief an die Schweizerische Bundespräsidentin

Strategische Ressourcen nicht aus der Hand geben!



Eidgenössische Volksabstimmung vom 12. Februar 2017

- 1. Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration (BBl 2016 7581);**
- 2. Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (BBl 2016 7587);**
- 3. Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III) (BBl 2016 4937).**



Basel Kantonale Abstimmung (in Basel gleiches Abstimmungsdocument)

Grossratsbeschluss vom 13. April 2016 betreffend Änderung der Kantonsverfassung vom 23. März 2005
(Aufhebung des Quorums (Sperrklausel) für die Zuteilung von Sitzen bei der Wahl des Grossen Rates)

**Grossratsbeschluss vom 21. September 2016
betreffend «Kasernenhauptbau:
Gesamtsanierung und Umbau zum Kultur- und Kreativzentrum»**

Unsere Schweiz ist unter Druck von aussen.

Die Schweiz ist privilegiert - wir haben eine direkte Demokratie!
Darum: Verpassen Sie keine Wahl und keine Abstimmung.

Wer wählt

- wählt Freiheit und Demokratie.
- zeigt nach aussen, dass wir souverän sind.

Wer nicht wählt

- braucht sich nicht zu wundern, wenn gegen den Volkswillen entschieden wird.
- kann sich nicht beschweren, wenn er fremdbestimmt wird.



Inhalt

Editorial

- Worte die man in der Schweiz vermisst
- Bundespräsidentin Leuthard: lässt sie die Schweiz verkaufen?

Offener Brief an die Schweizerische Bundespräsidentin

Zu ihrem Interview in der Sonntagszeitung vom 22. Januar 2017
Mit Erstaunen habe ich Ihr Interview in der „Sonntagszeitung“ gelesen.
Die Aussage, das Wasser ist „primär die Verantwortung des Verwaltungsrats“ von Alpiq, ist formal nur bedingt richtig.

Kommentar Gotthard Frick

Wo Trump recht hat

Präsident Trump hat mitgeteilt, dass er gegen den Freihandel vorzugehen gedenke, der in den USA Millionen von Arbeitsplätzen vernichte. Die Vorteile des Freihandels werden uns in subtilen Kampagnen aufgezeigt. Über die auch sehr ernst zu nehmenden, negativen Seiten wird nicht geredet.

Institut für Strategische Studien, Prof. Albert A. Stahel

Die strategische Lage nach der Inauguration von Donald Trump

Die strategische Lage dürfte 2017 durch das Verhältnis zwischen den drei Grossmächten USA, Russland und China bestimmt sein. Während 2016 die Beziehungen zwischen Russland und China durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin teilweise als Folge der westlichen Sanktionen intensiviert wurden, könnte nach der Inauguration von Donald Trump eine Machtbalance zwischen den drei Grossmächten entstehen.

Analyse

Das Ende der Schweizerischen Unabhängigkeit?

Wer den Roman „1984“ – Orwells geniale Beschreibung eines totalitären Staates - gelesen hat, kennt den Begriff NEUSPRECH. Damit sind Begriffe gemeint, die das Gegenteil von dem ausdrücken, was sie zu sagen scheinen. Bei uns werden die NEUSPRECHER heute „Medienfachleute“ oder sogar „Spin“-Doctors (Spin = Verdrehung) genannt. Der Bund beschäftigt 400 (vierhundert!) von ihnen, die die Mitteilungen des Bundes so formulieren müssen, dass sie vom Volk positiv aufgenommen werden.

Inhalt

Kommentar

Die Schweiz darf nie in NATO und EU!

Die vielfach zitierte Aussage von Lord Hastings, dem ersten Sekretär der NATO (1952 – 1957): „Die NATO wurde geschaffen, um die Russen draußen, die Amerikaner drin und die Deutschen unten zu halten“, hat an Aktualität ständig gewonnen

Thema Trump

Graphology: „He’s hungry for power“

What Donald Trump’s signature says about his personality, according to an expert

Thema

Die Rede Donald Trumps

Wir die Bürger Amerikas, haben uns jetzt zusammengefunden, in einem großen, nationalen Einsatz unser Land wieder aufzubauen und ihr Versprechen für unser ganzes Volk wiederherzustellen. Zusammen werden wir den Kurs Amerikas für viele, viele kommende Jahre bestimmen. Zusammen werden wir uns Herausforderungen stellen. Wir werden die Not konfrontieren. Aber wir werden die Arbeit erledigt bekommen.

RealSatire

... Mit dem Gehirn denkt, man dass man denke

Deutschland

Offizier der britischen Streitkräfte:

»Es wird zum Bürgerkrieg in Deutschland kommen«

Bereits im Februar 2016 hatten wir Gelegenheit zu einem informellen Gespräch mit einem ranghohen Offizier des BFG HQ – British Forces Germany Headquarter – Hauptquartier der britischen Streitkräfte in Deutschland.

Inhalt

... aufgeschnappt ...

Deutschlands Vorzeigepanzer unterliegt im Kampf dem IS - Backpulver statt Abgase- Indien besitzt das erste Kohlekraftwerk, das kein Co2 in die Luft pustet - Juncker: Nur Krisen können Integration in Europa erzwingen

BLN - Team

BLN - Links

BLN - Impressum

Editorial

- Worte die man in der Schweiz vermisst

- Bundespräsidentin Leuthard lässt sie die Schweiz verkaufen?

Von Roland Keller / Herausgeber



Worte

die man in der Schweiz vermisst

Kaum vereidigt, setzte Donald Trump in seiner ersten Rede zum Angriff auf das politische Establishment an. „...denn heute übertragen wir nicht nur die Macht von einer Administration zur anderen – sondern wir transferieren sie von Washington D.C. und geben sie Ihnen, dem Volk, zurück. Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unserer Nation die Früchte der Regierung geerntet, während das Volk die Kosten getragen hat.“

Diesen Satz werden die wenigsten Hörer und Leser wirklich verstanden haben. Was heißt das? Eine Beschreibung der juristischen Finten um das rechtlich nicht zu den USA und bis heute unter

britischem Admiralitätsgesetz gehörende Konstrukt Washington District of Columbia, analog der City of London, würde das Editorial sprengen. Wir werden in der nächsten Zeit eine sachliche Aufklärung dazu liefern, auch um das Thema aus der Ecke rechter, weniger der linken Verschwörungstheorien zu holen.

Trumps Satz ist deutlich und programmatisch. Die von einer kleinen Gruppe in Washington D.C. verratene Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika wird wieder an den Bürger zurückgegeben. Es ist der Ruf „Wir sind das Volk“ der DDR-Demonstranten, das hier als Kampfparole vom neuen amerikanischen Präsidenten proklamiert wird. Dies könnte eine der Bedingungen des amerikanischen Militärs zur Unterstützung einer Präsidentschaft Trump gewesen sein. Trumps ambitioniertes „America First“ ist auch vor diesem Hintergrund zu verstehen.

Die Rede Trumps glänzt nicht nur in Ankündigungen, sondern auch in den Details. Wenn er nicht von Gott, sondern dem Schöpfer spricht, so gibt dies einen weiteren, tiefen Hintergrund seines

Denkens wieder. Er folgt nicht dem üblichen Schema, sondern spricht den Schöpfergott an, schafft somit auch eine Brücke zu anderen Religionen. Ein deutlicher Unterschied zu den gottgefälligen Opportunisten die das Anrufen Gottes oder der Bibel als Legitimation für Machtmissbrauch benutzen. Um so mehr muss ihn die linke Polit- und Presse-Kamarilla fürchten. Auch aus diesem Grund werden die so noch nie dagewesenen Hass-Tiraden gegen Amerikas neuen Präsidenten nicht aufhören bis ... ja bis ...

Die Rede Trumps ist eine starke Rede, man muss sie nur richtig lesen. Es ist eine Kampfansage an die gewissenlosen Globalisierer in Parteien, Kirchen und Wirtschaft. Wenn Amerika das „America First“ begreift, wird ein patriotischer Ruck durch das Land gehen - nicht als Supermacht in der Unterdrückung und im Abschlachten anderer Völker, sondern in einer gemeinsamen Verantwortung für die Nation und Respekt vor anderen Nationen. Eine Mammutaufgabe, die der Kooperation vieler anderer Patrioten bedarf.

Ich warte schon lange, dass wir in der Schweiz einen Politiker so etwas sagen

hören: „Schweiz zuerst!“

Wir sind leider freiwillig zu einer Bücklingsnation geworden und haben verlernt mit stolzem und geraden Rücken den Problemen in die Augen zu schauen und uns als Nation mit multiethnischen Wurzeln zu begreifen. Das Schweizer Demokratie-Modell ist Vorbild für viele europäische Bürger, zugleich ist es ein Schreckgespenst der regierenden Polit-Eliten. Auch der unsrigen?

Ein interessantes Beispiel für die Selbstdemontage der Schweizer Politik fand ich in der «Sonntagszeitung».

Ein „Schweiz zuerst“ klingt gegen dieses programmatische Interview wie die Aufforderung zum Verrat.

Bundespräsidentin Leuthard: lässt sie die Schweiz verkaufen?

Bundespräsidentin Leuthard in der «Sonntagszeitung» vom 22. Januar 2017. Zitat:

[... *Sonntagszeitung*

Die Chinesen fangen an. Bei uns alles zusammenzukaufen. Beispielsweise Syngenta und SR Technics. Ist Ihnen da wohl dabei?

Leuthard:

Da mischen wir uns nicht ein.

Das ist nicht Sache der Politik, sondern der freien Wirtschaft.

Wir haben viele multinationale Firmen mit ausländischem Aktionariat, das ist per se nicht schlecht. Etwas anderes wäre es bei strategischen Strukturen, die müssen schweizerisch bleiben. Da

ist der Gesetzgeber gefordert.

Sonntagszeitung:

Der Stromkonzern Alpiq will die Stauseen verkaufen. Das ist doch strategisch.

Leuthard:

Wirklich? Das Stromnetz ja, aber ob das Wasserkraftwerk zu 30 Prozent chinesisch ist oder französisch, was ändert denn das an der Stromproduktion? Es geht zudem ja nicht darum, die Mehrheit abzugeben. (!)

Sonntagszeitung

Also können die Stauseen bedenkenlos an die Chinesen verkauft werden?

Leuthard:

Das ist primär die Verantwortung des Verwaltungsrats unter der Leitung von Herrn Alder. Es gibt genügend Schweizer Bewerber. Von daher finde ich, dass es nicht die Aufgabe des Bundesrats ist, sich einzumischen. ...]

Doch Frau Bundespräsidentin!

Es wäre die Aufgabe des Bundesrates. Man gibt strategische Ressourcen nicht aus der Hand!

(Offener Brief an die Frau Bundespräsidentin, Seite 8/9)

Alt Bundesrat Christoph Blocher dazu:

[... Alpiq bietet 49 Prozent ihrer Wasserkraftwerke zum Verkauf. Wäre es ein Problem, wenn die Käufer aus dem Ausland kämen?

„Ja. Wenn sie die Mehrheit bekommen,

könnten sie die Kraftwerke abstellen. Deshalb sollte der Bund per Gesetz verhindern, dass wichtige Infrastrukturen in ausländische Hände geraten. SP-Nationalrätin Jacqueline Badran fordert, kritische Infrastrukturen der Lex Koller zu unterstellen. Diese Idee geht in die richtige Richtung“. ...]

Pussyhat Revolution

Es ist ein Phänomen des real existierenden Kapitalismus Trends zu erfinden und erfolgreich zu vermarkten.

Das weite Feld der Politik gehört dazu. Wie aus dem Nichts wurde ein Marsch der Millionen gegen Trump organisiert.

Es waren angeblich zwei Millionen weltweit, über die auch nicht weiter berichtet wurde. Von den gendergerecht kostümierten Pink Panthers wussten mit Sicherheit nur ganz wenige über das Programm des neuen Präsidenten Bescheid, somit der Protest zumindest verfrüht.

Die Übung als gemeinschaftsbildendes Training für kommende Aktionen liegt allerdings in der Strategie von Soros und Co.. Das Muster der Veranstaltung spricht für die vermuteten Initiatoren.

Interessant ist wie schnell die Katzenhauben auf dem Markt waren.

Wer hat diese Hauben und wo produziert, bezahlt und verteilt?

Das musste von langer Hand geplant und finanziert werden. Es erinnert an

die EU-Fahnen, die plötzlich in den Händen der bezahlten Maidan-Demonstranten in der Ukraine auftauchten. Nun haben heute auch staubtrockene Politveranstaltungen den Charakter von Events, meist sehr bemüht und wenig erfolgreich.

Folgerichtig sollen sich aber die Narren erkennen und was ist besser als eine Kopfbedeckung.

Es fehlten an der wahrlich dämlichen rosa Strickmütze noch die Schellen, dann wäre man der mittelalterlichen

Narrenkappe sehr nah gekommen.

Ein Bombengeschäft!

Recherchen ergaben die nachstehende

Adresse:

<https://www.pussyhatproject.com>

6. Jahrgang Nummer 2/52 **Basler Liberale Nachrichten** Basel, 15. Januar 2017

SVMMARVM

UNABHÄNGIGES WOCHENMAGAZIN SONDERAUSGABE
HERAUSGEBER ROLAND KELLER

Gotthard Frick
Economist & business administrator Dipl. Sciences Po & Sorbonne, Paris.

**GLOBALISIERUNG
MASSIV EINSCHRÄNKEN!**

**Dringende Begrenzung der
schädlichen Einflüsse
erzwungener Globalisierung**

Laden Sie die Sonderausgabe ab unserer Homepage herunter.

Neu:

BLN SVMMARVM

Wir werden in Zukunft themenbezogene Sonderausgaben unter dem Namen Summarum herausgeben.

Darin werden wir Themen behandeln welche den Rahmen des BLN-Wochenmagazins sprengen würden.

Sie finden die Beilagen auf unserer Homepage:

<http://basler-liberale-nachrichten.ch/bln-sonderausgaben.html>

Offener Brief an die Schweizerische Bundespräsidentin

Zu ihrem Interview in der Sonntagszeitung vom 22. Januar 2017

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin,

Mit Erstaunen habe ich Ihr Interview in der „Sonntagszeitung“ gelesen. Die Aussage, das Wasser ist „primär die Verantwortung des Verwaltungsrats“ von Alpiq, ist formal nur bedingt richtig. ⁽¹⁾

Die Schweiz hat vor über 100 Jahren grundlegende Verträge zur Nutzung der Wasserkraft und öffentlicher Versorgung abgeschlossen.

Ihre Bemerkungen lassen aber in einem anderen Kontext aufhorchen und zwar im Bezug auf Wasser als Basis des Lebens.

Wasser ist ein Lebensmittel!

Es ist das Lebensmittel überhaupt und gehört allen Schweizern - nicht der Firma Alpiq!

Energie aus Wasserkraft ist ein Nebenprodukt der grossen Schweizer Wasserreserven und der Weitsicht und dem Verantwortungsbewusstsein von Politikern zu danken, die lange vor ihrer Zeit Politik für die Menschen unseres Landes machten.

Ich möchte es ein „elementares Wasserrecht“ nennen und dies darf nicht von einer profitorientierten Firma, sondern muss zum Wohl der Schweiz und seiner Bürger bestimmt werden. Dieses heute mehr denn je wertvolle Lebensmittel darf eben nicht in die Hände irgendeiner chinesischen Firma oder eines der globalen Lebensmittelproduzenten wie Nestlé fallen.

Es ist UNSER Wasser!

Die Firma Alpiq verwaltet und verwertet dieses Geschenk unserer Natur und stellt dem Bürger für den Service eine Rechnung. So weit so gut!

Damit ist sie Teil der nationalen Infrastruktur, welche eine Säule unserer Unabhängigkeit darstellt. Jeder Grossverkauf kann diese Unabhängigkeit tangieren oder gar gefährden. Das haben Länder wie die USA, Grossbritannien oder Australien erkannt.

Australien etwa verfügt über das „**Critical Infrastructure Centre**“.

Hier wird analysiert, welche Auswirkungen Grossverkäufe an ausländische Firmen auf die Sicherheit Australiens haben können.

So hat die australische Bundesregierung etwa den Verkauf von „AUSGRID“, den grössten Netzanbieter in New South Wales an eine chinesische Firma aus Sicherheitsgründen abgeblockt.

Das öffentliche Nachdenken über einen Verkauf, fleißig unterstützt von zuvielen Politikern, stellt einen Grundkonsens unserer Schweizer Gesellschaft in Frage

und versucht erneut die Solidargemeinschaft des Landes zu unterlaufen.

Dies scheint im Trend der europäischen Sozialisten Brüsseler Prägung zu liegen. Nein - Frau Bundespräsidentin, dass genau wollen wir Schweizer Bürger nicht!

Dabei ist das Argumentieren für eine freie Marktwirtschaft nur der schlecht verhüllende Mantel für die Aufgabe nationaler Interessen.

Während andere Länder voraussehend ihre Ressourcen, auch wichtige Industrien, vor dem Ausverkauf schützen, lassen die arglosen Schweizer ihre Politiker frei gewähren. Wenn es nach den Plänen einiger geht, werden demnächst die Beamten der EU über die Rechte und Pflichten der Schweizer bestimmen.

Dem muss der Bürger ein klares NEIN entgegensetzen und für dieses NEIN werde ich mich einsetzen.

WIR sind die Besitzer des Wassers und das soll so bleiben, jede andere Überlegung könnte als Landesverrat oder allgemeine Käuflichkeit unseres Landes ausgelegt werden. Die unbedacht wirkenden Aussagen beim Interview können falsche Gelüste wecken.

Wenn Sie erlauben, ein kleiner Hinweis:

Ich erinnere an ein Gutachten für das Bundesamt für Umwelt aus dem Jahre 2007. Darin steht:

„Die naturräumliche und sozio-ökonomische Vielfalt der Schweiz – zusammen mit der in der Bundesverfassung definierten Verfügungsgewalt der Kantone über die Wasservorkommen – hat dazu geführt, dass das wasserwirtschaftliche System in den einzelnen Kantonen stark unterschiedlich ausgestaltet ist. Wir sind der Ansicht, dass die sich daraus ergebende Systemflexibilität die Innovation gefördert hat und einen der wichtigsten Erfolge des heutigen Systems der Schweizer Wasserwirtschaft darstellt.“ (Zitat 1)

Mit freundlichen Grüßen
Roland Keller, Herausgeber BLN



Kommentar

Wo Trump recht hat

Präsident Trump hat mitgeteilt, dass er gegen den Freihandel vorzugehen gedenke, der in den USA Millionen von Arbeitsplätzen vernichte.

Die Vorteile des Freihandels werden uns in subtilen Kampagnen aufgezeigt.

Über die auch sehr ernst zu nehmenden, negativen Seiten wird nicht geredet.

Von Gotthard Frick Economist & business administrator Dipl. Sciences Po & Sorbonne, Paris.

Der globale Freihandel wird mit dem ökonomischen Gesetz des vergleichsweisen Vorteils begründet. Es besagt, dass jedes Land das produzieren soll, was es im Vergleich zu allen anderen bei sich selbst hergestellten Produkten am billigsten produzieren kann.

Die Arbeitskosten sind von Land zu Land verschieden. Grundsätzlich sind sie in den entwickelten Ländern hoch, in den anderen tief. Auch die politischen und Rechtssysteme sind unterschiedlich. Während die Arbeitskräfte in den entwickelten Ländern in demokratischen Rechtsstaaten leben und ihre Interessen vertreten können, lebt die grosse Mehrheit der armen Menschen weitgehend rechtslos in autoritären Staaten.

In diesem Umfeld findet der Freihandel statt. Die Produktion wird aus den entwickelten Ländern in diejenigen mit den billigsten und hilflosesten Arbeitskräften, geringster Gesetzes- und Kontrolldichte und korrupter Verwaltungen, usw. „ausgelagert“. Das erlaubt den Unternehmen dort, jahrelang eigentliche Hungerlöhne zu zahlen, und oft nicht einmal die Gesetze zu beachten. Die Eigentümer machen gigantische Gewinne, werden in kürzester Zeit noch reicher und kaufen in den entwickelten Ländern weitere Unternehmen. Diese verschieben sie wieder an Orte geringster Kosten und exportieren die Produkte zu uns. Ihr Reichtum erlebt einen weiteren Schub. So können sie bei uns noch mehr Unternehmen kaufen und dann wieder „auslagern“. Die Spirale dreht sich weiter, bis die entwickelten Staaten weitgehend desindustrialisiert sind.

Das System führt auch dazu, dass die Gruppe der Superreichen ausseror-

dentlich rasch wächst. China, noch nicht lange Mitspieler auf dem Weltmarkt, ist ein gutes Beispiel: 2006 gab es dort nur 15 Dollarmilliardäre; 2012, 6 Jahre später, waren es bereits 251; nur weitere 3 (!) Jahre später, 2015, gab es 596 chinesische Dollar-Milliardäre.

Im Wahlkampf wies Trump auf den „Fall APPLE“, den er rückgängig machen möchte. Vor einigen Jahren entliess die Firma ihre 30'000 Arbeiter in den USA, die Computer und Handys zusammensetzten, und verlegte diese Arbeiten zu Foxconn. Die taiwanische Firma beschäftigt 1,3 Millionen Arbeiter in gigantischen Zentren, vorwiegend in China, und arbeitet für fast alle Marken im Bereich Elektronik.

Bei einem der Zentren wurden für die 30'000 neuen Arbeitsplätze weitere, riesige Schlafsilos mit „Käfighaltung“ (4 doppelstöckige, direkt nebeneinander stehende Kajütenbetten pro winzigen Schlafraum) der überwiegend jungen ArbeiterInnen gebaut, darunter viele Minderjährige. Schliesslich wurden aussen herum, auf der Höhe des Bodens des ersten Stocks - wie anderswo im Land - breite, horizontal nach aussen reichende Netze angebracht, um die vielen, die in ihrer Einsamkeit und Verzweiflung durch Sprung aus dem Fenster Selbstmord begehen wollen, aufzufangen. (Im schusswaffenlosen China die häufigste Art des Selbstmordes).

Bis die Netze angebracht waren, hatten sich dort bereits 28 junge Leute so umgebracht.

2012 zeigte ein darüber durch die BBC tagelang ausgestrahltes Video, dass die Menschen bis zu 60 Wochenstunden arbeiten mussten – gesetzlich zugelassen sind 49, einschliesslich Über-

stunden – und einen Stundenlohn entsprechend 1.29 US\$, aber keine Überzeitenschädigung erhielten. Das löste eine offizielle Untersuchung aus und dann eine Reise des CEO von APPLE zu einem „Gespräch“ mit der chinesischen Regierung, worauf gesetzmässige Zustände hergestellt wurden. Dadurch wurden die Kosten für das Zusammensetzen eines Handy's um 1.70 US\$ verteuert. Mit anderen Worten, um ihren Profit pro Gerät um diesen Betrag zu erhöhen, verletzte Foxconn die gesetzlichen Vorschriften über das Mindestalter, den Lohn, die Arbeitszeit und die Überzeitenschädigung.

(Übrigens: Im Mai 2016 entliess Foxconn 60'000 Arbeiter. Ihre Arbeitsplätze waren automatisiert worden).

Dieses eine Beispiel aus vielen anderen weltweit zeigt, was grenzenloser Freihandel wohl meistens bedeutet und müsste Anlass zur Frage sein, ob wir die Globalisierung nicht selbstbestimmt stark einschränken sollten.

Quellen:

China Daily, 18.06.2013; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hurun-report-china-hat-die-meisten-milliardaere-a-1057937.html>;

<https://en.wikipedia.org/wiki/Foxconn>;
Video auf BBC, am 02/2012 ,

Vom Verfasser selbst angeschaut und teilweise vom Computerbildschirm fotografiert; Notizen des Verfassers auf Grund zahlreicher Berichte über die Untersuchung in den englischsprachigen Ausgaben des China Daily und der Global Times.

SVMMARVM

UNABHÄNGIGES WOCHENMAGAZIN SONDERAUSGABE

HERAUSGEBER ROLAND KELLER

Gotthard Frick

Economist & business administrator Dipl. Sciences Po & Sorbonne, Paris.

**GLOBALISIERUNG
MASSIV EINSCHRÄNKEN!**

**Dringende Begrenzung der
schädlichen Einflüsse
erzwungener Globalisierung**

Laden Sie die Sonderausgabe ab unserer Homepage herunter.

<http://basler-liberale-nachrichten.ch/bln-sonderausgaben.html>

Institut für Strategische Studien

Die strategische Lage nach der Inauguration von Donald Trump

Die strategische Lage dürfte 2017 durch das Verhältnis zwischen den drei Grossmächten USA, Russland und China bestimmt sein. Während 2016 die Beziehungen zwischen Russland und China durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin teilweise als Folge der westlichen Sanktionen intensiviert wurden, könnte nach der Inauguration von Donald Trump eine Machtbalance zwischen den drei Grossmächten entstehen.

Von Prof. Albert A. Stahel

Trump hat bereits während den Wahlen seine Bereitschaft zu einer Intensivierung der Beziehungen der USA zu Russland bekundet und auch die Aufhebung der Sanktionen gegenüber Russland angekündigt. Eine Gegenleistung Russlands dafür wäre eine intensive Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des islamischen Terrorismus.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus hat Trump das Ungenügen der NATO in diesem Kampf kritisiert. Nicht nur würden die europäischen Staaten im Vergleich zu den USA zu wenig für die gemeinsame Verteidigung leisten, sondern die NATO sei als Organisation obsolet. Mit seiner Aussage hat Donald Trump darauf hingewiesen, dass die Organisation der NATO als solche überdacht und reformiert werden müsste. Sollte es zu einer Annäherung zwischen den USA und Russland unter Präsident Trump kommen, dann könnte sich auch die Frage nach der weiteren Existenzberechtigung der NATO stellen. Wegen der Infragestellung der NATO durch Trump

blicken bereits heute verschiedene europäische Staaten panikartig auf Russland. Zu diesen Staaten gehören vor allem die baltischen Republiken, Polen und die Ukraine.

In einem Interview mit der deutschen Bild-Zeitung hat Donald Trump BREXIT und damit den Austritt der Briten aus der EU begrüsst. Gleichzeitig hat er auch die Zukunft der EU mit einem Fragezeichen versehen. Dabei hat er weitere Austritte aus der EU prognostiziert. Für Präsident Trump hat die EU keine Zukunft. Im gleichen Atemzug hat er die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Merkel kritisiert. Mit dem unkontrollierten Hereinlassen von Menschen hätte Frau Merkel dem Terrorismus in Europa und insbesondere in Deutschland Tür und Tor geöffnet. Mit dieser Situation gelte es sich abzufinden.

Die Annäherung an Russland und die Infragestellung der Existenz der NATO bedeutet aber nicht, dass Donald Trump die Verteidigungsbereitschaft

der USA unterminieren wird. Im Gegenteil, als Antwort auf die Verschärfung der Konflikte in der Welt und die Aufrüstung durch die anderen Grossmächte werden die USA ihre Verteidigungsleistung massiv verstärken. Dazu gehört die Anhebung der Personalbestände der US Army und des US Marine Corps sowie die Vergrösserung der Zahl der Kriegsschiffe der US Navy und der Kampfflugzeuge der US Air Force. Nach der unter Barack Obama vernachlässigten Verteidigungsbereitschaft der USA will Donald Trump vor allem mit einer verstärkten US Navy der Volksrepublik China im Südchinesischen Meer Paroli bieten. In diesem Zusammenhang stellt Donald Trump auch die Ein-China-Politik in Frage. Offenbar denkt er daran, den strategischen Wert von Taiwan im amerikanischen Dispositiv des westlichen Pazifiks aufzuwerten.

Dank einem verteidigungspolitisch stärkeren Amerika will die Trump-Administration offenbar auch den imperialen Ansprüchen der Islamischen

Republik Iran im Mittleren Osten be-
gegnen. Zu diesem Zweck wird Trump
die unter Obama vernachlässigten Be-
ziehungen zu Ägypten und Saudi-Ara-
bien militärisch wieder aufwerten. Ob
es 2017 zu einer militärischen Konfron-
tation mit dem Iran kommen wird, ist
angesichts der Tatsache, dass zwis-
chen dem Iran und Russland eine Art
Allianz besteht, noch ungewiss. Ein an-
derer Kandidat für eine Konfrontation
mit den USA ist Nordkorea. Auf welche
Weise Trump die nukleare Herausfor-
derung durch Nordkorea bewältigen
wird, ist bis jetzt ungewiss.

Neben der Annäherung an Russland
und der Bewältigung der aussenpoli-
tischen Konflikte stellt die Sanierung
der amerikanischen Volkswirtschaft für
Donald Trump die eigentliche Heraus-
forderung dar. Sein Motto „America
First“, das er auch in seiner Amtsein-
führungsrede wiederholt hat, lässt sich
als Wirtschaftsprogramm wie folgt zu-
sammenfassen. Mit angedrohten Straf-
zöllen will er wichtige US-Unternehmen
dazu zwingen, Produktionsstätten wie-
der in die USA zurück zu verlagern um
damit die Zahl der Arbeitsplätze in den
USA zu erhöhen. Zu diesen Unterneh-
men gehören Autogiganten wie Ford,
GM und Chrysler. Aber auch auslän-
dische Autohersteller wie BMW sollen
wegen ihren Produktionsanlagen in
Mexiko nicht straffrei davon kommen.
Auch IT-Größen wie Apple sollen zur
Rückverlagerung der Produktion in die
USA gezwungen werden.

Ein wichtiges Element des Wirt-
schaftsprogramms von Trump sind die
angedrohten Strafzölle auf chinesische
Importe. Die Volksrepublik soll zur Kor-
rektur des Verhältnisses zwischen der
eigenen Währung und dem Dollar ge-
zwungen werden. Teil der Wirtschafts-
politik dürfte auch der angekündigte
Mauerbau an der Grenze zu Mexiko
sein. Dank einer verbesserten Kontrolle
soll die ungehinderte Zuwanderung
aus Lateinamerika, die zu Lasten der
amerikanischen Arbeitnehmer geht,
gestoppt werden.

Zur Wirtschaftspolitik von Donald
Trump gehören auch die Sanierung der
Infrastruktur der USA sowie die Infrage-
stellung von Freihandelsabkommen
wie NAFTA. Die unter Clinton und Oba-
ma forcierte Globalisierung hat gemäss
Donald Trump der US-Wirtschaft ge-
schadet. Zu den Hauptleitragenden der
ungezügelter Globalisierung wurden
die amerikanischen Arbeitnehmer. Mit
seiner Wirtschaftspolitik kündigt Do-
nald Trump für die USA das Ende der
Globalisierung an.

Das Jahr 2017 dürfte zu einem strate-
gisch turbulenten Jahr werden.

Analyse

Das Ende der Schweizerischen Unabhängigkeit?

Wer den Roman „1984“ – Orwells geniale Beschreibung eines totalitären Staates - gelesen hat, kennt den Begriff NEUSPRECH. Damit sind Begriffe gemeint, die das Gegenteil von dem ausdrücken, was sie zu sagen scheinen. Bei uns werden die NEUSPRECHER heute „Medienfachleute“ oder sogar „Spin“-Doctors (Spin = Verdrehung) genannt. Der Bund beschäftigt 400 (vierhundert!) von ihnen, die die Mitteilungen des Bundes so formulieren müssen, dass sie vom Volk positiv aufgenommen werden. Geniale Beispiele sind die Begriffe WEA Weiterentwicklung der Armee, oder – von der NATO geschaffen - PdF Partnerschaft für den Frieden. Beide drücken das Gegenteil aus, von dem was sie bedeuten. So wird mit der WEA die Armee weiter zerschlagen, wird sie doch von den 2003, vom Volk in einer Abstimmung bewilligten 220'000 Mann auf noch 100'000 Mann halbiert. Von diesem Bestand soll nur noch ein kleiner Teil aus Kampftruppen bestehen. Das Gros soll den Kantonen im Falle von Rufen oder für Anlässe wie das „World Economic Forum“ oder Skirennen usw. als Arbeits- und Sicherheitskräfte zur Verfügung stehen.

Von Gotthard Frick

Economist & business administrator Dipl. Sciences Po & Sorbonne, Paris.

Beim Sammeln von Unterschriften für das WEA-Referendum in Basel zeigte sich, dass fast keine der angesprochenen Personen wusste, dass die Armee weiter zerschlagen wird.

Es musste erst aufwändig erklärt werden, dass es nicht – wie die Leute meinten – darum gehe, die 220'000 Mann wieder voll auszurüsten, sondern darum, diesen Bestand mehr als zu halbieren. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts hatten wir noch 600'000 Mann.

Hören wir, was Clifford A. Kiracofe zur „Partnerschaft für den Frieden“ der NATO meint.

Er muss es wohl wissen, denn bis kurz vorher war er leitender Mitarbeiter des US Senats „Committee on Foreign Re-

lations“. Der Senat ist bekanntlich für die Aussenpolitik der USA zuständig. Am 26. Februar 2013 veröffentlichte er einen längeren Artikel in der „GLOBAL TIMES“, einer englischsprachigen Tageszeitung der kommunistischen Partei Chinas.

Dort sagte er u.a.:

Zitat: [... *In Vertretung der aussenpolitischen Interessen der USA greift die NATO in den asiatisch-pazifischen Raum.... Um ihren Spielraum zu erweitern schuf die NATO neue Mechanismen, wie die Partnerschaft für den Frieden, den Mittelmeer-Dialog und die Istanbuler Zusammenarbeits-Initiative.... Während sich strategische Konzepte und Mechanismen weiter entwickeln, wird die NATO als Instru-*

ment der globalen Politik der USA in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen, während die USA den Pazifik im Visier haben. ...]Ende Zitat

Seither ist die Schweiz auch noch der Interoperabilitätsplattform (IP) der NATO beigetreten. Die IP ist ein Vorzimmer der Partnerschaft Interoperabilitäts Initiative (PII), die am Gipfeltreffen vom 5. September 2014 in Wales im Beisein der Schweiz beschlossen wurde. Dazu einige Texte, die deutlich sagen, um was es geht.

Zitat: Erklärung des Gipfeltreffens von Wales.

Veröffentlicht durch die Staatsoberhäupter und Regierungen, die am Treffen der Nord-Atlantik Rates in Wales teilnahmen.

Wir haben deshalb eine umfassende Partnerschafts-Interoperabilitäts-Initiative angenommen, um unsere Fähigkeit zu erhöhen, zusammen mit unseren Partnern Herausforderungen im Sicherheitsbereich zu bewältigen.

Hier in Wales haben unsere Verteidigungsminister eine Interoperabilitäts-Plattform (IP) in Betrieb genommen und 24 Partner getroffen, die nachgewiesen haben, sich zu verpflichten, ihre Zusammenarbeitsfähigkeit mit der NATO zu verstärken.... (in einer Fussnote werden diese 24 Partnerstaaten, darunter die Schweiz, genannt).

Dazu wurden am 22. Juni 2016 unter dem Titel „Partnership Interoperability Initiative“ noch Informationen nachgeliefert, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Die Schweiz ist zwar nur Mitglied der Interoperabilitäts-Plattform. Aber diese ist das Vorzimmer zur Partnership Interoperabilitäts-Initiative. Mit anderen Worten, die Schweiz steht auf der Türschwelle zur PII.

Zitat: Die Partnerschafts Interoperabilitäts Initiative (PII) wurde 2014 am Gipfel von Wales ins Leben gerufen, um sicherzustellen, dass die in jahrelangen Prozessen zwischen der NATO und Partner Streitkräfte aufgebauten tiefen Verbindungen aufrecht erhalten und weiter vertieft werden.

Dann werden noch „Höhepunkte“ der Zusammenarbeit innerhalb der PII her-

vorgehoben. Daraus einige Schlüsselsätze:

Die Streitkräfte der Partner müssen vollständig kompatibel und fähig sein, zusammen mit den Streitkräften der NATO im Einklang mit den Regeln, Standards, Prozeduren der NATO zu handeln und die gleiche Ausrüstung verwenden. Die PII hat die „Interoperabilitäts Plattform“ (IP) ins Leben gerufen, um einer umfangreicheren Gruppe von Partnern einen direkteren Zugang zur Zusammenarbeit bei Interoperabilitätsfragen zur Verfügung zu stellen – gegenwärtig 25 ausgewählte Partner (darunter die Schweiz, der Verf), die interessiert und verpflichtet sind, die Interoperabilität für zukünftige Krisen zu vertiefen und an Treffen im Interoperabilitäts-Plattform-Format an mehreren NATO-Komitees und -Körperschaften teilzunehmen. Ende Zitat.

(Alle Übersetzungen aus dem Englischen durch den Verfasser).

Auch auf der praktischen Seite bereitet sich die Schweiz auf den Krieg als Partner der NATO vor. So kauft sie wichtige Rüstungsgüter immer noch vorwiegend bei Nato-Mitgliedern und prüft Waffen anderer Herkunft gar nicht, dabei verfügt Russland wohl weltweit über die besten Luftabwehrwaffen. Führungsreglemente („FSO“) wurden jenen der NATO („GOP“) angeglichen, wobei es sich zeigte, dass die neuen Vorschriften sich nicht ganz mit dem Charakter unserer Milizarmee vertrugen und jetzt teilweise wieder zurück angepasst werden. Organisatorisch

wurde die Armee denjenigen der NATO-Mitglieder angeglichen. (FSO = FÜHRUNGS- UND STABSORGANISATION der Schweizer Armee, GOP = GUIDELINES FOR OPERATIONAL PLANNING der Nato).

Immer wieder nehmen Schweizer Truppen, Helikopter, Kampfflugzeuge an Manövern von NATO-Mitgliederarmeen teil, meistens in der Nähe von Russland.

Die immer weiter zerschlagene Armee leistet sich nicht nur 50 (!) Offiziere im Generalsrang, sondern hat – es wirkt direkt lächerlich – auch zahlreiche zusätzliche Dienstgrade auf der unteren Stufe von der NATO übernommen.

(Heutige Gradbezeichnungen, hervorgehoben werden die 2003 neu geschaffenen Grade:

Soldat, Gefreiter, Obergefreiter, Korporal, Wachtmeister, Oberwachtmeister, Feldweibel, Fourier, Hauptfeldweibel, Adjutant, Stabsadjutant, Hauptadjutant, Chefadjutant.)

Mit anderen Worten, die Schweiz ist Mitglied eines Mechanismus, der eine „bedeutende Rolle“ beim Durchsetzen der strategischen Interessen der USA spielt. Gleichzeitig beteiligt sie sich an einer „Plattform“, deren Zweck die Anpassung der Armeen und ihrer Kampfverfahren an diejenigen der NATO ist. Konkret heisst das, dass der Bundesrat, die betroffene Verwaltung und Armeespitze, aber auch die Parlamentarier, die das alles absegnen oder zustimmend zur Kenntnis nehmen, die Schweiz darauf vorbereiten, an der Sei-

te der NATO an einem möglichen Krieg in Europa teilzunehmen, obschon rein formell die Schweiz noch nicht zur NATO gehört.

Welches Land, welches Militärbündnis hat in den letzten 20 Jahren öfters Krieg geführt als die USA und die NATO, immer unter Vorschubung der im Vertrag ebenfalls hochgelobten „gemeinsamen Werte“? Der Vertrag mit der NATO enthält eine lange Liste von Veranstaltungen, an denen sich die Schweiz beteiligt, z.B. kombinierte Stabsübungen, Übungen zur Überprüfung der Fähigkeit der Kampftruppen, innerhalb der Koalition zusammen zu kämpfen und viele andere. Die Schweiz sagt, ihre Teilnahme beruhe auf Freiwilligkeit und die Armee könne bei dieser Zusammenarbeit viel lernen.

Dazu passt die unter dem Titel WEA stattfindende weitere Eliminierung der Armee. Da wir unser Land nicht mehr selber verteidigen können, bleibt uns im Kriegsfall gar keine andere Möglichkeit, als die nur noch 2 Kampfbrigaden der NATO zu unterstellen.

Warum hat das VBS erst am Tag des Beginns der auf Einladung der Schweiz am 16./17.Februar 2016 stattgefunden grossen NATO Tagung in Zürich berichtet? Daran nahmen 100 hohe Offiziere vom NATO-Kommando, aller 28 Mitgliedsländer, sowie der Schweiz (u.a.) als Mitglied der NATO-Partnerschaft für den Frieden sowie der Inter-operabilitätsplattform der NATO teil. Die grossen Schweizer Zeitungen haben

darüber nicht berichtet? Warum nicht?

2.

Neutralität: Vertrauen und Abwehrkraft

Krieg ist ein Kampf auf Leben und Tod zwischen zwei oder mehreren Staaten. Es zählt nur, was dem eigenen Sieg dient. Rücksichten werden keine genommen. Die Kriegführenden tun alles, um zu verhindern, dass andere Staaten ihrem Feind militärisch (und in anderer Weise) beistehen oder von ihm gewaltsam seinen Zwecken unterworfen werden. Deshalb stehen sie Neutralen grundsätzlich skeptisch gegenüber.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges waren anfänglich nur Deutschland Polen, Frankreich/ Grossbritannien beteiligt. Fast alle nicht betroffenen Staaten erklärten sich als neutral und fast alle (ausser der Schweiz) wurden von einer der beiden Kriegsparteien überfallen oder so unter Druck gesetzt, dass sie Forderungen nachgeben musste. Allgemein bekannt sind die deutschen Angriffe auf die neutralen europäischen Staaten.

Aber auch die Alliierten haben die Neutralität schwacher Staaten nicht respektiert.

So wurde das neutrale, praktisch wehrlose Persien von Grossbritannien zusammen mit der Sowjetunion besetzt, um einen sicheren Zugang für die Kriegsmateriellieferungen der Westalliierten an die UdSSR zu schaffen. Noch

vor dem deutschen Angriff auf das neutrale Norwegen vermint die britische Flotte Teile des zum Land gehörenden Meeres. Das neutrale Portugal wurde gezwungen, den Westalliierten die Einrichtung einer Luftwaffenbasis auf den Azoren zu erlauben. Schon am 12. April 1940, nur drei Tage nach dem deutschen Angriff auf das neutrale Dänemark, besetzte Grossbritannien die Färöer-Inseln. Die Aktion musste schon wesentlich früher geplant worden sein. Das neutrale Island wurde am 10. Mai 1940 von Grossbritannien besetzt. Für die Briten ging es darum, zu verhindern, dass Deutschland alle diese Inselstaaten besetzen könne, da sie keine eigene Verteidigung hatten, die das hätte verhindern können.

Im Gegensatz dazu blieb die Schweiz im zweiten Weltkrieg verschont, da bei allen Kriegsparteien sowohl das Vertrauen in die strikte Schweizer Neutralität, wie auch in die Fähigkeit der Armee, jeder Macht die Benützung ihres Territoriums zu verwehren, intakt waren. Schon zu Kriegsbeginn bereitete General Guisan auf Weisung des Bundesrates Zusammenarbeitsabkommen mit Frankreich und Deutschland für den Fall eines Angriffes durch deren jeweiligen Gegner vor. Er bestimmte Verbindungsoffiziere zur französischen Armee und zur deutschen Wehrmacht, wovon einer beim Angriff durch eine Partei sofort zur ihm zugewiesenen Armee der anderen Partei delegiert worden wäre. Guisan bemühte sich sehr, an alle Kriegsparteien Signale auszu-

senden, die beweisen sollten, dass die Schweiz wirklich neutral sei.

Aber dieses Vertrauen in unsere Neutralität und Kampfbereitschaft kam auch in den militärischen Unterlagen und Angriffsplänen beider Parteien zum Ausdruck.

So stand im „Kleines Orientierungsheft Schweiz“ der Wehrmacht für die „Truppen im Felde“ vom 1. September 1942: „Die Entschlossenheit von Regierung und Volk, die schweizerische Neutralität gegen jeden Angreifer zu verteidigen, steht bisher ausser Zweifel“.

Gegen Ende des Krieges, als Deutschland schon stark geschwächt war, hatte General Guisan ein Treffen in der Schweiz mit SS-General Schellenberg, um ihn zu überzeugen, dass die Schweiz auch gegen die Alliierten kämpfen würde, falls von ihnen angegriffen, also zuverlässig neutral sein würde.

Diese Überzeugungsarbeit war nötig, denn noch im Sommer 1943 bereitete Deutschland einen Angriffsplan aus, dessen einziger Zweck es war, zu verhindern, dass die Alliierten die Schweiz gewaltsam auf ihrer Seite in den Krieg ziehen könnten.

Dazu meinte der planende deutsche General: In der Schweiz denke niemand an „solch absurde Pläne“ noch dürften der Schweizer Mentalität solche Absichten, wie „bewaffneter Einfall in eine fremdes Land usw. unterschoben werden.“ Die Alliierten seien sich dieser

Tatsache, (unserer strikten Neutralität), genau so bewusst wie Deutschland, „doch werden sie erhebliche Anstrengungen machen, um sich ihren Einbruch in den europäischen Verteidigungsbereich zu erleichtern..... So wäre es immerhin denkbar, dass der Wehrraum Schweiz in den Überlegungen der Alliierten eine Rolle spielt.“ Deshalb müsse den Alliierten jede Hoffnung genommen werden, die Schweiz in ihre militärischen Spekulationen einbeziehen zu können.

Dass die deutschen Überlegungen richtig waren, zeigte sich 1944, als die Alliierten lange an der deutschen Front in Frankreich stecken blieben und von Stalin an der Konferenz von Moskau ultimativ aufgefordert wurden, die deutsche Front durch die Schweiz zu umgehen. Der Generalstab der USA prüften diese Option, kam aber zum Schluss, der Erfolg einer solchen Operation sei angesichts der „anerkannt effizienten“ Schweizer Armee im „Kampf auf ihrem eigenen Boden zweifelhaft“.

Alle diese Beispiele zeigen, dass „Neutralität“ nicht automatisch deren Unverletzlichkeit garantiert. Entscheidend dafür, ob Kriegsparteien die Neutralität respektieren oder nicht, hängt ausschliesslich von ihrem Vertrauen in den Neutralen und in seine Fähigkeit ab, ihrem Feind die Benützung seines Territoriums und Luftraumes gewaltsam verwehren zu können.

Beides hat die heutige Schweiz verspielt, denn die vom Bundesrat mit Hilfe des Parlamentes zerschlagene Armee kann ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen und mit der engen Zusammenarbeit mit der NATO zerstört die Schweiz zusätzlich noch das Vertrauen in ihre Neutralität.

In seiner Rede vom 20.11.2012 an der ETHZ forderte der damalige Generalsekretär der NATO, A.F. Rasmussen, die Schweiz müsse sich noch enger an die NATO binden, damit sie „nicht abseits stehe“. Es ist nicht an der NATO zu bestimmen, ob wir abseits stehen oder nicht, und was darunter zu verstehen ist. Die Schweiz war schon lange vor der NATO weltoffen und stand nie abseits und wird auch in einer hoffentlich wieder selbstbestimmten Zukunft nicht abseits stehen.

3. Internationaler Vertrag über die Neutralität verpflichtet die Schweiz.

Rechtliche Basis der Neutralität ist das Haager Abkommen vom 18.10.1907 und die dort in Art. 5 definierte Pflicht des Neutralen: „Eine neutrale Macht darf auf ihrem Gebiet keine der in Artikel 2-4 bezeichneten Handlungen dulden“. In diesen Artikeln 2-4 wird festgelegt, welche Handlungen die Kriegsparteien auf dem Gebiet des neutralen Staates nicht unternehmen dürfen. Zusammengefasst wird gesagt, sie dürften dessen Territorium, dazu gehört heute auch der Luftraum, nicht

für ihre Zwecke brauchen. Wir sind laut Konvention verpflichtet, das „gewaltsam zu verhindern“, wobei dieses „gewaltsame Verhindern“ laut Art. 10 der Haager Konvention von 1907 ausdrücklich nicht als feindliche Handlung klassiert wird. Wörtlich wird dort gesagt: „Die Tatsache, dass eine neutrale Macht eine Verletzung ihrer Neutralität selbst mit Gewalt zurückweist, kann nicht als eine feindliche Handlung angesehen werden“.

In einem Buch von 1997 zur Rechtslage der Neutralität steht auf Seite 100: Ein neutraler Staat muss als „Mindestbedingung“ vermeiden, „so wehrlos zu erscheinen, dass andere Staaten eine Einzelaktion gegen ihn ohne grossen Zeitaufwand für erfolgsversprechend halten.“ (Quelle: Pieper Ulrike: Neutralität von Staaten, 1997, Seite 100.)

Nicht nur die Generalstäbe aller möglicherweise in einen künftigen Krieg in Europa verwickelten Mächte wissen bereits, dass heute und in der voraussehbaren Zukunft ein Angriff auf die Schweiz „ohne grossen Zeitaufwand“ erfolgsversprechend sein wird. Das ist auch zahlreichen internationalen Medien und aber auch vielen Menschen in der ganzen Welt bekannt, selbst in China, wie der Verfasser 2015 bei einem Nachtessen mit einer chinesischen Führungsperson in Beijing zu seinem Schmerz erfuhr. Auf die Frage, warum das „reichste Land der Welt“ seine Armee abgeschafft habe, hatte er

keine Antwort. In unserer Dekadenz sind viele unserer Bürger nicht mehr bereit, u.U. unter Einsatz ihres Lebens unser Land zu schützen, sondern erwarteten von Männern anderer Völker, z.B. der USA, für uns zu sterben. Es ist wohl logisch, dass der neue Präsident der USA von seinem Volk dieses Opfer für andere Völker nicht mehr fordern will.

Wir müssen dringend wieder eine verfassungskonforme und vertragsgemässe Armee aufbauen und entweder die Zusammenarbeit mit der NATO aufheben oder mit Russland eine vergleichbare Verbindung eingehen. Auch dort könnte unsere Armee viel lernen.

Kommentar

Die Schweiz darf nie in NATO und EU!

Von Von Roland Keller

Die vielfach zitierte Aussage von Lord Hastings, dem ersten Sekretär der NATO (1952 – 1957): „Die NATO wurde geschaffen, um die Russen draussen, die Amerikaner drin und die Deutschen unten zu halten“, hat an Aktualität ständig gewonnen. *

Sie zeigte bereits in den 1950er-Jahren, in welchem Geist die NATO aufgebaut und gedacht war. Die politischen Voraussetzungen damals waren andere. Der „Kalte Krieg“ wurde aufgebaut. Von 1939 bis 1950 ging es noch darum, in einer Angelsächsisch-Kapitalistischen Allianz zusammen mit der Bolschewistischen Sowjetunion das National-Sozialistische Deutschland zu eliminieren.

Man erklärte den National-Sozialistischen Vergewaltigern Polens den Krieg, während die gleichzeitige Bolschewistisch-Sozialistische Vergewaltigung Polens einer Allianz mit den Kapitalistischen West-Alliierten nicht im Wege stand. Stalin hatte verstanden, wie die Kapitalistischen West-Alliierten



„Die NATO wurde geschaffen um die Russen draussen, die Amerikaner drin und die Deutschen unten zu halten“

Ausspruch von Lord Hastings.
Erster NATO-Generalsekretär, 1952-1957

Bild: BBC/<https://s-media-cache-akO.pinning.com>

funktionieren. Bei dem seit der Oktoberrevolution 1917 bis zur sogenannten Demokratisierung 1989 von Rot, Braun, Gelb dahingemordeten und ausgeplünderten Russischen Volk hat sich eine Geschichtliche Erinnerungs-DNA aufgebaut. Ihr Nationaler Hauptträger ist heute die Orthodoxe Kirche. Sie zählt zu den Hauptleidenden bei der planmässigen Zerstörung von russischer Erinnerung und Identität. Die Verursa-

cher haben sich zum Teil gegenseitig aufgerieben oder sind geflohen. Die Stalin-Trotzki-Kontroverse betreffs des besten Weges zur Globalverwaltung ist bekannt. Beider Gefolgsleute sind aktiv und versuchen, ihren Raub zurückzuerobern.

Den Russen allerdings heute noch bolschewistische Schuld zuschieben zu wollen, wäre nicht nur naiv, würde nicht

nur die historischen Fakten verfälschen, sondern auch von den Urhebern der verschiedenen Grosskatastrophen wie Kulaken-Genozid (Grossbauern-Vernichtung) und ukrainischer Holodomor ablenken. Mitte der Achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts wurde klar, dass Russland keine Gefahr mehr darstellte. Hingegen wurde bald mit westlicher Hilfe bei der Privatisierung unter Jelzin eine neue Rückeroberungs-Strategie lanziert, mit erneuter Ausplünderung und Verarmung Russlands. Dazu trat erneut der Druck westlicher Militärpolitik, welche das Land finanziell und machtpolitisch paralyisierte. Butter UND Kanonen konnte die Sowjetunion sich nicht leisten, weshalb US-Präsident Reagan das Land auch "gegen die Wand rüsten" konnte.

Schon damals hatten die Sowjets weniger weltweite Militärbasen als die USA. Eine grosse Gefahr bildete für den Westen lediglich die sehr effektive Atom-U-Bootflotte. Nach 1989 war der sowjetische Bär tot. Der Russisch-Zaristische Bär erwachte aus dem nachrevolutionären Schlaf. Russland erlebte eine zaren-gleiche Renaissance, geführt von einem hochintelligenten ex-KGB-Mann: Putin.

Putin bot dem Westen (EU/NATO) Kooperation an. Die NATO brach das Versprechen, welches sie dem damaligen post-kommunistischen Öffner Russlands, Gorbatschow, gegeben hatte, keine ehemaligen Ostblockländer in die NATO und EU zu integrieren.

Der Westen, brach alle Verträge und Versprechen!

Man rückte die Grenzen der EU/NATO an Russland und integrierte Polen in die NATO. Willkommene Argumente waren die von westlichen Demokratisierungs-Institutionen lancierte Ukraine-Aufstand und die russische Einverleibung der Krim: die erste Abstimmung, nachdem der ukrainische Sowjet-Boss Kruschtschew sie großzügigerweise an die Ukraine verschenkt hatte, ohne die Bevölkerung zu fragen, Mit der offenen Unterstützung der „Revolution“ durch Geld, Waffen und Spezialeinsätzen in der Ukraine, spitzte sich ein künstlich erzeugter Konflikt mit Russland zu. Die Reaktion mit der "Besetzung" der Krim, dem „Heiligen Land“, wie es Putin nannte, war demnach nicht verwunderlich.

Die NATO vom Schutzbündnis zum Aggressor

Die Liste der von NATO-Mitgliedern überfallenen und bewusst destabilisierten Länder spricht eine deutliche Sprache:

Von Libyen bis Kabul war die NATO unter der Führung der USA und Briten federführend in der Destabilisierung und Zerstörung stabiler Staaten! Bereits 2002 wühlten britische Einheiten aus Basen in Jordanien Syrien auf. Der syrische Krieg wurde jahrelang in aller Stille vorbereitet. (BBC)

Das Ergebnis ist bekannt.

Was soll nun die Schweiz mit NATO

und der EU?

Man kann die Argumentation zu einer Zusammenarbeit gegen die NATO/EU auf einen einfachen Nenner bringen:

NATO/EU haben Kriege inszeniert und halten diese am laufen. Die NATO schützt längst nicht mehr die westlichen Partner, wie sie vorgegeben hat. Die Schutzgemeinschaft ist eine Kriegsgemeinschaft.

Europa zusammen mit der Schweiz, wurden zum potentiellen Kriegsschauplatz der Grossmächte.

Dies ist in seinem Kern kriminell und hat mit „Partnerschaft für den Frieden“ rein gar nichts zu tun.

Ich möchte dies an einem Beispiel klar machen:

Wenn ein Land sich mit einem kriegführenden „Organisation“ zusammen tut, Verträge abschliesst, mit ihr militärische Übungen durchführt und Geschäfte tätigt, um sich dann von seiner Armee „beschützen“ zu lassen, ist dies eine „kriminelle Vereinigung“ und keine „Partnerschaft für den Frieden“.

Wenn die von der NATO angegriffenen Länder die Schweiz als NATO-Anhang werten, muss man sich nicht wundern wenn islamistische Attentäter in der Schweiz Anschläge verüben werden.

Die Anschläge in Deutschland und Frankreich sind das beste Beispiel!

Dies alles sind Gründe, weshalb die Schweiz als neutrales Land keine Part-

nerschaft mit der NATO eingehen darf. Die Schweiz würde sich als Privatperson im Sinne des Strafgesetzbuches, strafbar machen.

Damit schliesse ich die diplomatische Zusammenarbeit auf der Ebene von Staatssekretären und Militärattachés nicht aus.

Wir müssen zusammen reden, wir sind alle aufeinander angewiesen! Die Schweiz als neutrales Land, darf aber auf keinen Fall indirekt in Kriege verwickelt werden.

Zitate:

**[... Tim Guldemann
(Nationalrat SP/ZH)**

«Die Nato wird zu stark von den USA beherrscht, als dass wir dort mitmachen könnten. Das geht für die Schweiz aus politischen Gründen nicht. Die Nato hat gegenüber Russland eine Haltung eingenommen, die fast schon an den Kalten Krieg erinnert. (...) Für den Fall, dass es dereinst eine europäische Verteidigungsgemeinschaft geben würde, wäre ich dafür. Genauso wie ich nach wie vor für einen EU-Beitritt bin, obwohl das aktuell überhaupt nicht auf der Agenda steht. Wir unterschätzen die Bedeutung der Verteidigungszusammenarbeit mit anderen Ländern, etwa mit Deutschland. Unsere Armee sollte ihre Aktivitäten im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit mit der UNO verstärken.»

(Quelle: <http://www.srf.ch/news/>

[schweiz/mehr-nato-fuer-die-schweiz](http://www.srf.ch/news/schweiz/mehr-nato-fuer-die-schweiz))

**Luzi Stamm
(Nationalrat SVP/AG)**

„Hände weg von einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Nato, wenn diese immer mehr zur Konfliktpartei wird. Die Schweiz musste wegen ihrer speziellen neutralen Rolle bei der Zusammenarbeit mit Militärbündnissen schon in der Vergangenheit immer sehr skeptisch sein. Bereits die Teilnahme am Nato-Programm «Partnership for Peace» war grenzwertig, weil Schweizer in Uniform in Ländern wie Afghanistan auftauchten. (...)»

Was eine internationale Zusammenarbeit im Bereich Cyber-Sicherheit betrifft, ist es nicht nötig, via Nato zu gehen. Sicherheit ist eine polizeiliche Aufgabe. Da ist es ja klar und war immer schon so, dass die Schweiz (...) mit den Nachbarstaaten zusammenarbeitet. Polizeiliche Zusammenarbeit hat aber nichts mit einem Nato-Beitritt oder einer Nato-Annäherung zu tun. Die Unterstützung der Nato bei der militärischen Ausbildung im Irak wäre ein katastrophaler Fehler. Das würde international sofort registriert und als Parteinahme der Schweiz gegen Russland ausgelegt.»

Quelle: <http://www.srf.ch/news/schweiz/mehr-nato-fuer-die-schweiz>)

Berührungspunkte zwischen der Schweiz und der Nato

1994 initiierte die Nato die «Partnerschaft für den Frieden» (PfP). Zwei Jahre später beschloss die Schweiz, daran teilzunehmen. Heute sind insgesamt 22 europäische und asiatische Nicht-Nato-Staaten dabei. Das Ausmass der Zusammenarbeit bestimmen die teilnehmenden Staaten selbst. Letzte Woche beteiligten sich PfP-Mitglieder wie Schweden und die Ukraine am grössten Nato-Militärmanöver seit Ende des Kalten Krieges, «Anaconda 2016».

Die Schweiz sieht ihre Aufgabe im Rahmen der Nato-Partnerschaft nach Angaben des Aussen- und Verteidigungsdepartements vor allem in der Krisenbewältigung und der Konfliktprävention. Zudem will sie im Rat ihre aussen- und sicherheitspolitischen Anliegen einbringen. Ihre Neutralität bleibe dadurch jedoch gewahrt. Seit 1999 beteiligt sich die Schweiz personell an friedensunterstützenden Operationen der Nato; hier ist insbesondere die Schweizer Truppenpräsenz im Kosovo zu nennen. Einen Beitritt zum westlichen Militärbündnis hat keine Partei auf der politischen Agenda. ...]

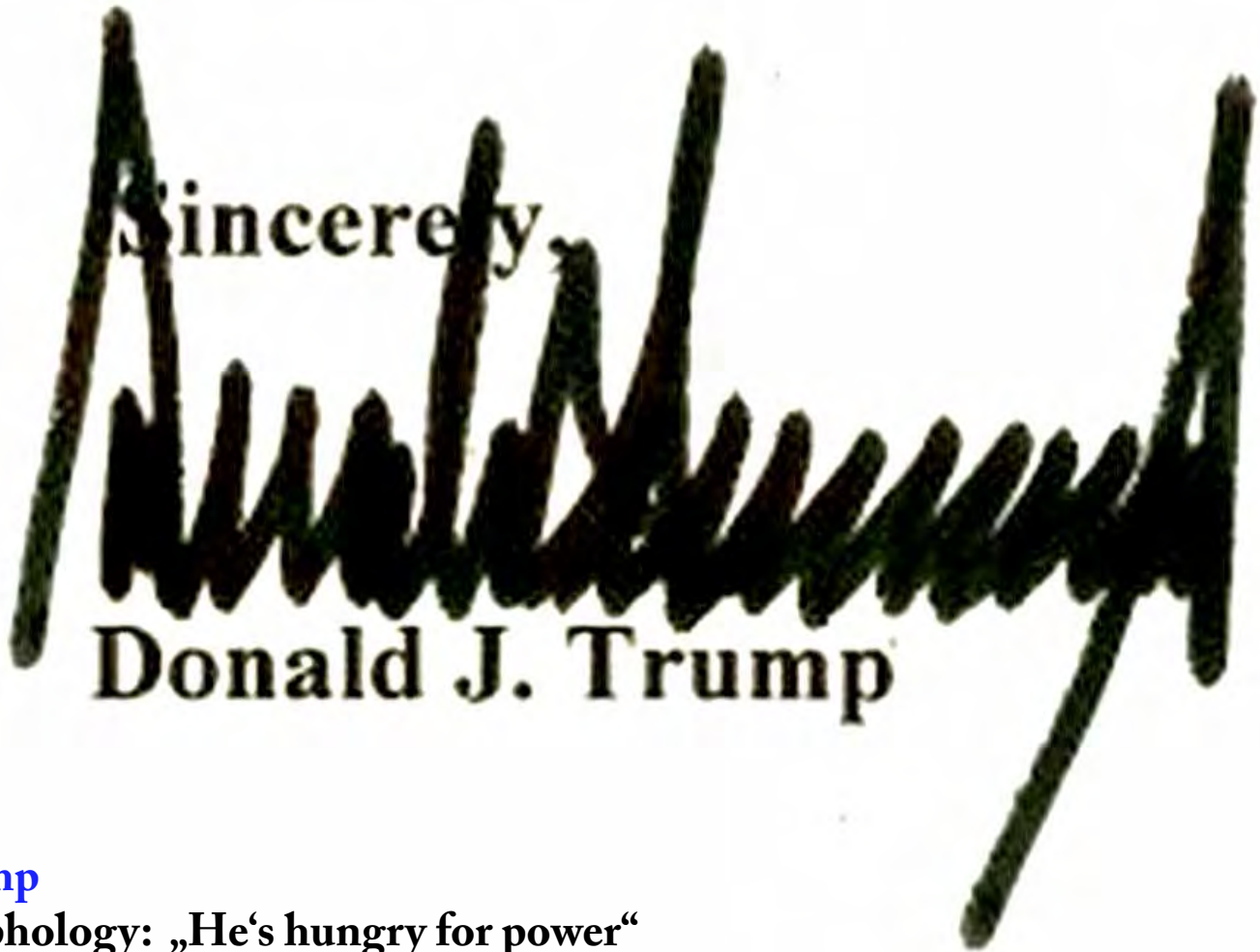
(Ende SRF-Zitate)

* Originalzitat: While Secretary General, Ismay is also credited as having been the first person to say that the purpose of the alliance was „to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down,“ a saying that has since become a common way to quickly describe the alliance. (Joffe und Schorr) (https://en.wikipedia.org/wiki/Hastings_Ismay,_1st_Baron_Ismay#cite_ref-194)

„Der schlaueste Weg,
Menschen passiv und
folgsam zu halten, ist, das
**Spektrum akzeptierter
Meinungen strikt
zu limitieren,**
aber innerhalb dieses
Spektrums sehr
lebhaft Debatten
zu erlauben“

Noam Chomsky





Trump

Graphology: „He’s hungry for power“

What Donald Trump’s signature says about his personality, according to an expert

Von Lily Pickard

US-Handwriting and signatures are one of the biggest elements of individuality that we have, and can be used by graphologists – those that analyse handwriting – to determine personality traits.

Since becoming President-elect of the United States, Donald Trump is in ownership of one of the most powerful signatures in the world.

Tracey Trussell of the British Institute of Graphologists has taken a look to see what it can reveal about the man soon to be taking up the Oval Office. She explains that the large writing, up-

right slant and long tall letters indicate a whole host of characteristics about Mr Trump.

Ms Trussell says: “His signature transmits wild ambition, dynamism, bravery and fearlessness.

„He’s hungry for power and has both determination and stubbornness in spades.”

„Donald Trump is nobody’s quiet mouse!” (Randall Hill/Reuters) She claims that Mr Trump’s style indicates that, despite his forceful nature, he is protective too, especially when it comes to his family.

Ms Trussell analysis suggests that he isn’t much of a listener, but is “undoubtedly a tough negotiator - he excels at being hard lined, bold and direct.”

Mr Trump’s bold nature has been more than apparent in his political statements so far.

These include his announcements that he will build a wall between the US and Mexico, that Muslims will be banned from entering the United States, and calling for Hillary Clinton to be imprisoned.

Quelle: Independent

Thema: Die Rede Donald Trumps



Von US Präsident Donald Trump (Vollständige Transkription der Trump-Antrittsrede)

Oberster Bundesrichter Roberts,

Präsident Carter, Präsident Clinton, Präsident Bush, amerikanische Landsleute und Menschen der Welt – Danke!

Wir die Bürger Amerikas, haben uns jetzt zusammengefunden, in einem großen, nationalen Einsatz unser Land wieder aufzubauen und ihr Versprechen für unser ganzes Volk wiederherzustellen. Zusammen werden wir den Kurs Amerikas für viele, viele kommende Jahre bestimmen. Zusammen werden wir uns Herausforderungen stellen. Wir werden die Not konfrontieren. Aber wir werden die Arbeit erledigt bekommen.

Alle vier Jahre finden wir uns auf diesen Stufen zusammen, um die ordnungsgemäße und friedliche Machtübergabe durchzuführen. Und wir sind dem Präsidenten Obama und der First Lady Michelle Obama dankbar für ihre freundliche Unterstützung bei diesem Übergang. Sie waren großartig, danke.

Die heutige Zeremonie hat dennoch sehr besondere Bedeutung, denn heute übertragen wir nicht nur die Macht von einer Administration zur anderen – sondern wir transferieren sie von Washington D.C. und geben sie Ihnen, dem Volk, zurück.

Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unserer Nation die Früchte der Regierung geerntet, während das Volk die Kosten getragen hat. Washington blühte auf, aber das Volk hat nicht Teil an seinem Wohlstand gehabt. Die Politiker blühten auf, aber die Arbeitsplätze gingen fort und die Fabriken wurden geschlossen.

Das Establishment schützte sich selbst, aber nicht die Bürger unseres Landes. Deren Erfolge waren nicht Ihre Erfolge. Deren Triumphe waren nicht Ihre Triumphe. Während sie gefeiert haben, gab es für die sich mühenden Familien überall in unserem Land nichts zu feiern.

All das ändert sich hier und jetzt, denn dieser Moment ist Ihr Moment. Er gehört Ihnen. Er gehört alljenen, die sich heute hier versammelt haben und allen, welche in ganz Amerika heute zuschauen. Dies ist Ihr Tag. Dies ist Ihre Feier!

Und dies, die Vereinigten Staaten von Amerika, ist Ihr Land. Worauf es wirklich ankommt, ist nicht welche Partei unsere Regierung kontrolliert, sondern dass diese Regierung vom Volk kontrolliert wird. Heute, der 20. Januar 2017, wird als der Tag in Erinnerung bleiben, an dem das Volk wieder zum Herrscher dieser Nation wurde.

Die vergessenen Männer und Frauen unseres Landes werden nicht länger vergessen bleiben. Alle hören Ihnen nun zu. Zehn Millionen von Ihnen kamen hierher, um Teil einer historischen Bewegung zu werden – wie sie die Welt noch niemals zuvor gesehen hat.

Im Zentrum dieser Bewegung steht eine wichtige Überzeugung: Dass eine Nation existiert, um seinen Bürgern zu dienen. Dies sind gerechte und vernünftige Aufträge eines rechtschaffenden Volkes und einer rechtschaffenden Öffentlichkeit. Für zu viele unserer Bürger existiert jedoch eine andere Realität.

Wir haben ein Bildungssystem, welches mit Geld geflutet ist, welches unsere jungen und wunderschönen Bürger des Wissens beraubt. Und die Messer und Banden, welche die Menschen um zu viel Potenzial berauben. Dieses amerikanische Blutbad hört hier und jetzt auf.

Wir sind eine Nation und unser Schmerz ist deren Schmerz, deren Träume sind unsere Träume, wir teilen uns eine Nation, eine Heimat und eine glorreiche Bestimmung. Heute schwöre ich allen Amerikanern meine Treue.

Über zu viele Jahrzehnte haben wir die Armeen anderer Länder unterstützt. Wir haben andere Länder reich gemacht, während der Wohlstand in unserem eigenen Land am Horizont verschwunden ist. Die Türen unserer Fabriken haben sich geschlossen, ohne auch nur über die Abermillionen nachzudenken, welche zurückgelassen wurden. Dies aber ist die Vergangenheit und jetzt schauen wir nur noch in die Zukunft.

Wir, die wir heute hier versammelt sind, geben ein Machtwort heraus, welches in jeder Stadt, in jeder Hauptstadt gehört werden soll. Ab diesem Tag wird eine neue Vision unser Land regieren. Ab diesem Tag heißt es nur noch: Zuerst Amerika, zuerst Amerika!

Jede Entscheidung wird zum Wohl der amerikanischen Arbeiter und der amerikanischen Familien getroffen. Dieser Schutz wird zu großer Prosperität und Stärke führen. Ich werde mit jedem Knochen in meinem Körper für Sie kämpfen und ich werde Sie niemals im Stich lassen. Amerika wird wieder beginnen zu gewinnen. Amerika wird gewinnen, wie niemals zuvor.

Wir werden unsere Arbeitsplätze zurückholen, wir werden uns unsere Grenzen zurückholen, wir werden unseren Wohlstand zurückholen und wir werden uns unsere Träume zurückholen.

Wir werden neue Straßen und Schnellstraßen und Brücken und Tunnel und Eisenbahnen überall in unserer wunderbaren Nation bauen. Wir werden unsere Menschen aus der Sozialhilfe und zurück an die Arbeit bringen; unser Land mit amerikanischen Händen und amerikanischer Arbeitskraft wieder aufbauen. Wir werden zwei einfache Regeln befolgen: kauf amerikanisch und beschäftige amerikanisch.

Wir werden den Nationen der Welt wohlwollend entgegenkommen, aber wir werden dies mit dem Selbstverständnis tun, dass es das Recht aller Nationen ist, ihre Nation zuvorderst zu stellen. Wir werden strahlen, auf dass alle uns[erem Beispiel] folgen mögen.

Wir werden alte Bündnisse stärken und neue formen und wir werden die Welt vom radikalen islamistischen Terrorismus befreien, welchen wir vom Antlitz der Erde tilgen werden.

Und der Felsengrund unserer Politik wird die Treue zu den Vereinigten Staaten sein. Und wir werden wieder Treue zueinander finden. Es gibt keinen Platz für Vorurteile. Die Bibel sagt uns, wie gut und angenehm es ist, wenn Gottes Kinder in Einigkeit zusammenleben. Wenn Amerika vereint ist, dann ist Amerika absolut unaufhaltsam.

Es gibt keine Angst. Wir sind geschützt und wir werden stets von den großartigen Männern und Frauen unseres Militärs beschützt werden und zu aller vorderst, werden wir von Gott beschützt werden.

Letztlich müssen wir groß denken und sogar noch größer träumen. Als Amerikaner wissen wir, dass wir als Nation nur dann leben, wenn sie blüht. Wir werden nicht länger Politiker akzeptieren, welche sich stets beschweren, aber nie etwas dagegen tun. Die Zeit des leeren Geschwätzes ist vorüber. Jetzt kommt die Zeit des Handelns.

Folgen Sie niemandem, der Ihnen sagt, das geht nicht. Wir werden nicht scheitern. Unser Land wird wieder gedeihen und aufblühen. Wir stehen am Beginn eines neuen Jahrhunderts, in welchem wir die Energien, Industrien und Technologien von morgen ernten werden.

Ein neuer nationaler Stolz wird unsere Spaltung heilen. Ob wir schwarz, braun oder weiß sind, wir alle bluten dasselbe rote Blut des Schmerzes. Wir alle genießen dieselben glorreichen Träume und wir alle salutieren derselben großartigen amerikanischen Flagge. Und ob ein Kind nun im Ballungsraum von Detroit oder in den Ebenen von Nebraska geboren wurde, wir alle schauen zum selben Nachthimmel hinauf und träumen dieselben Träume; mit dem Atem desselben allmächtigen Schöpfers.

Also, an alle Amerikaner nah und fern, von Ozean zu Ozean, nah und fern: Sie werden niemals wieder ignoriert werden. Ihre Stimme, Ihre Hoffnungen und Träume werden Ihr amerikanisches Schicksal definieren. Ihr Mut, Ihre Güte und Liebe wird uns auf ewig auf dem Weg begleiten.

Zusammen werden wir Amerika wieder stark machen. Wir werden Amerika wieder wohlhabend machen. Wir werden Amerika wieder sicher machen und ja – zusammen werden wir Amerika wieder großartig machen.

Danke, Gott segne Amerika. Gott segne Amerika.

Links:

<https://www.donaldjtrump.com/media/category/speeches>

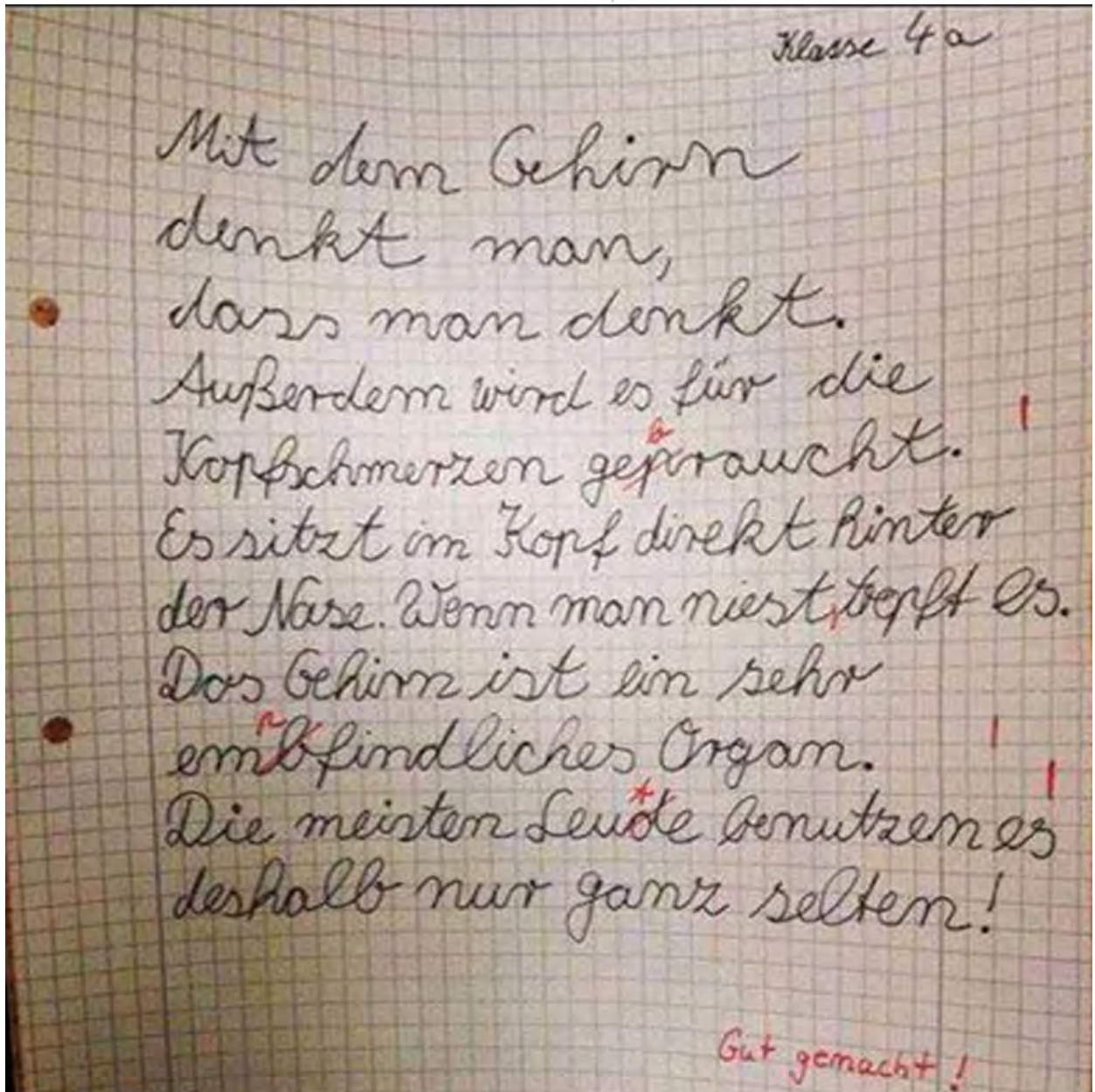
Weisses Haus, offizieller Text:

The Inaugural Address

REMARKS OF PRESIDENT DONALD J. TRUMP – AS PREPARED FOR DELIVERY

<https://www.whitehouse.gov/inaugural-address>

real satire



Gefunden auf Facebook

Deutschland

Offizier der britischen Streitkräfte: »Es wird zum Bürgerkrieg in Deutschland kommen«

Von Anonymous

Bereits im Februar 2016 hatten wir Gelegenheit zu einem informellen Gespräch mit einem ranghohen Offizier des BFG HQ – British Forces Germany Headquarter – Hauptquartier der britischen Streitkräfte in Deutschland.

Die aktuelle Lage, nicht nur in Deutschland, auch in Großbritannien, wird von ihm als über alle Maßen angespannt beschrieben.

Mit über 30 Jahren im Dienst des britischen Militär und leibhaftiger Erfahrung in den Frontlinien mehrerer Kriegsschauplätze, stellt er ohne Umschweife fest: »Es wird zum Bürgerkrieg kommen.« Die britischen Streitkräfte in Deutschland seien sich über diese Tatsache im Klaren und bestens darauf vorbereitet. »Wir sind bis an die Zähne bewaffnet!«, so der Informant.

Bis vor zwei Monaten habe jeder Soldat 10 Patronen für seine Handfeuerwaffe bei sich tragen dürfen, diese Zeiten seien jedoch vorbei. Jeder habe nun 100 Schuss zur Hand und die klare An-

weisung für den Ernstfall: »Shoot to kill.«

Die Stimmung unter den hier in Deutschland stationierten britischen Soldaten ist laut dem Offizier am kochen.

Im ostwestfälischen Herford seien zwei Armeegebäude für Migranten geräumt worden und der leitende britische Offizier vor Ort habe am Tag nach dem Einzug feststellen müssen, dass die »Ecken vollgeschissen waren«, so seine Worte.

Diese Zustände habe man sich jedoch nicht gefallen lassen und den einquartierten Migranten sei unmissverständlich beigebracht worden, wie eine Toilette zu benutzen sei.

Die neuen Kasernenbewohner bekämen volle Verpflegung, dazu 26 Euro Taschengeld am Tag (diese Zahl wurde auf Nachfrage nochmals bestätigt) und dazu noch ein Mobiltelefon samt voller Kostenübernahme.

Trotzdem sehe sich sein Offiziers-Kollege täglich Anfeindungen und frechen Forderungen ausgesetzt.

Die Stimmung sei hochexplosiv und niemand in der britischen Armee könne diese Art von Politik von Seiten der deutschen Regierung nachvollziehen. »Es ist verrückt, was hier abläuft!«, stellt der erfahrene Soldat fest.

Weiter wusste er von einer nicht in die Öffentlichkeit getragenen "Mobilmachung" im privaten Rahmen zu berichten. So haben sich insbesondere im Raum Dortmund bereits im vergangenen Jahr britische Armeeangehörige im Privaten zusammengetan und patrouillieren in Dortmund und Wuppertal die Straßen des Nachts.

»Und wenn sich dann einer dieser Moslems traut, sein Gesicht zu zeigen, dann nehmen sich die Jungs ihn mal ordentlich vor.«

Klare Worte...

Aber dort hört es nicht auf.

Diese bürgerwehr-ähnlichen Gruppen "schlagen schnell zu", so der Offizier, und entfernen sich in der Regel vom Ort des Geschehens, bevor die deutsche Polizei eintreffe.

Jedoch sei es bereits mehrfach dazu gekommen, dass die Polizei noch "rechtzeitig" vor Ort gewesen sei, diese dann aber einfach weggeschaut habe. »Der deutschen Polizei sind die Hände gebunden«, sagt er. »Die stehen unter so starkem Einfluss, die können gar nicht anders. Wir schon!«

Das Verhalten »der Deutschen« empfindet er als nur noch beschämend. So berichtete er von einem Vorfall am Hauptbahnhof vor Ort, bei dem ein deutsches Paar von Migranten belästigt worden sei und der Mann seine Partnerin im Stich gelassen und das Weite gesucht habe.

Vorfälle wie dieser seien keine Seltenheit, er bekomme sie in seinem täglichen Briefing ständig zu lesen. »Haben die Deutschen denn keine Eier?«, fragte er zurecht.

Auch in Großbritannien sei das Fass längst am Überlaufen.

Auch dort erwartet er einen Bürgerkrieg, der sich vornehmlich gegen muslimische Ausländer richten wird. »Das Vereinigte Königreich muss unbedingt raus aus der EU«, stellt er fest, denn wenn die Asylanten in Deutschland erstmal einen deutschen Pass erhalten haben, dann können sie ungehindert nach Großbritannien einreisen. »Wer soll sie dann noch stoppen?«, fragt der Armeeingehörige.

Aus seiner Sicht ist ein Bürgerkrieg in

Deutschland, wie auch in Großbritannien, nicht mehr abzuwenden und es sei nur noch eine Frage des "wann", nicht mehr des "ob".

Allerdings sieht er in Deutschland die Gefahr, dass Polizei und Bundeswehren ihnen gegebenen Befehlen folgen und auch auf die eigene Bevölkerung schießen werden.

Dies schließt er für sein Heimatland kategorisch aus. Seine jahrzehntelange Erfahrung in der britischen Armee sage ihm, dass die britischen Soldaten sich auf die Seite der Bevölkerung stellen werden.

»Wir schaffen das«, sagt Frau Merkel.

Nun, offensichtlich ist dieser Zug schon vor Monaten abgefahren. Für die Kanzlerin wird es bald nicht nur Zeit, sondern zwingend erforderlich abzutauschen.

Denn wenn diese Informationen aus absolut zuverlässiger und erster Hand die Runde machen und womöglich noch mehr und detailreichere Wahrheiten nachgereicht werden, dann dürfte für die breite Masse der Bevölkerung das Maß sehr bald voll sein.



... aufgeschnappt ...

Zusammengestellt von Martin Weber

Deutschlands Vorzeigepanzer unterliegt im Kampf dem IS

Was als Stolz der deutschen Waffenindustrie gilt, liegt als ausgebrannter Panzer-Kadaver auf dem Schlachtfeld Nordsyriens. So vernichtend wurde der Leopard-Panzer getroffen, dass es den gesamten Geschützturm abgesprengte. Ähnliche Bilder und Filme kursieren seit kurzem im Internet. Sie belegen, dass es dem „Islamischen Staat“ (IS) gelingt, die aus deutscher Produktion stammenden Leopard-Panzer vom Typ 2A4 außer Gefecht zu setzen, mit denen die Türkei in Syrien kämpft. Klar nachvollziehen lässt sich auf den Fotos und in den Filmen, wie Leopard-Panzer durch Panzerabwehrwaffen beim Kampf zwischen IS und der türkischen Armee um die Stadt Al-Bab zerstört werden.

„Das hat mit dem Mythos vom Wunderpanzer Leopard aufgeräumt“, meint Ralf Raths, Leiter des Panzermuseums in Münster, gegenüber FAZ.NET. Die Panzer der seit 1979 produzierten Leopard-Baureihen haben in der deutschen Öffentlichkeit den Ruf eines unverwundlichen Mercedes-Benz der

Rüstungsindustrie. Wie kam es dazu? Unter anderem: Die Schweiz nutzt 380 Einheiten des Panzers Leopard 2A4

Backpulver statt Abgase Indien besitzt das erste Kohlekraftwerk, das kein Co2 in die Luft pustet

Kohlekraftwerke wie z.B. in Weisweiler (Deutschland) sind für rund zehn Prozent der weltweiten Co2-Emissionen verantwortlich

Der indischen Firma Carbon Clean Solutions ist es als Erste gelungen, die kompletten Co2-Abgase eines Kohlekraftwerks aufzufangen und in Glas, Backpulver und Waschmittel zu verwandeln.

Indien besitzt jetzt das erste Kohlekraftwerk der Welt, das kein umweltschädliches Kohlenstoffdioxid (Co2) mehr in die Luft pustet. Der Firma Carbon Clean Solutions (CCS) ist es gelungen, die Abgase des Kraftwerks im Industriehafen von Tuticorin im Süden des Landes abzufangen und in Natriumkarbonat umzuwandeln.

CCS wandelt Co2 für den halben Preis. Das wiederum lässt sich für vielfältige Dinge verwenden, bei denen das Co2

am Ende nicht in der Atmosphäre landet. Natriumkarbonat ist etwa wichtig für die Herstellung von Glas, Farben, Klebstoffen, Waschmittel, Seife, Papier und Backpulver. CCS ist nicht die erste Firma, die an einer solchen Technik arbeitet und auch nicht die erste, die sie umsetzt. Allerdings hat es bisher niemand ohne staatliche Subventionen geschafft, das Co2 zu profitablen Preisen in Natriumkarbonat umzuwandeln. CCS schafft dies für rund 30 Dollar pro Tonne - die Konkurrenten zahlen für denselben Prozess das Doppelte bis Dreifache.

Zehn Prozent der weltweiten Co2-Emissionen ließen sich sparen

So liegt das von CCS gewonnene Natriumkarbonat auch in einem Preisrahmen, mit dem es auf dem Weltmarkt konkurrieren kann und dem gleichen Stoff aus anderen Quellen nicht unterlegen ist.

Kraftwerksbetreiber Ramachandran Gopalan kann jetzt also sogar seine Abgase verkaufen. Dem britischen Radiosender BBC 4 sagte er: „Ich bin Geschäftsmann. Ich habe nie daran gedacht, den Planeten zu retten. Ich brauchte eine zuverlässige Co2-Quelle und das war die beste Art, sie zu be-

kommen.“

Die Mengen an Co2, die in Tuticorin gewonnen werden, sind aber natürlich noch zu klein, um damit den Planeten zu retten. Rund 60.000 Tonnen will CCS pro Jahr aus dem Kraftwerk abschöpfen. Verglichen mit den rund 36 Millionen Tonnen, die jährlich auf der Erde produziert werden, ist das ein Witz.

Indische Firma in London.

Allerdings ließe sich die Technologie von CCS theoretisch in fast allen Kohlekraftwerken auf der Welt installieren. Die Firma schätzt, dass sich damit die gesamten Co2-Emissionen um fünf bis zehn Prozent senken ließen.

Gegründet wurde CCS übrigens von zwei jungen indischen Chemikern. Weil die aber für ihre Pläne in Indien keine Geldgeber fanden, gingen sie nach Großbritannien. Dort unterstützte die Regierung ihre Forschung mit speziellen Visa, die es ihnen ermöglichten, die Technik zur Marktreife zu bringen. Der Firmensitz ist denn auch in Londons Stadtteil Paddington.

Von Christoph Sackmann

..

Juncker: Nur Krisen können Integration in Europa erzwingen

Dass ausgerechnet Europa nun das „Epizentrum“ der Krise geworden ist, dafür gibt es dem Eurogruppen-Chef

zufolge keine „schlüssige Erklärung“. Aber Krisen seien die einzige Möglichkeit, damit Europa zu mehr Integration gelange.

Manipuliert: Wie Brüssel die Wahrheit über das EU-Budget verschleierte

Die Beurteilung der Schuldenkrise in Europa fällt sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der nationalen Parlamente meist sehr ähnlich aus. Letztlich sei Europa nicht das wirkliche Problem und eigentlich habe die Krise ja auch etwas gutes.

„Europa findet immer nur durch Krisen zu mehr Integration“, bekräftigte nun auch der derzeitige Eurogruppen-Chef Juncker diese Sicht im TV-Sender Phoenix.

Juncker bekräftigte damit seine Position, dass die europäische Integration unter anderem darin besteht, dass die Menschen ein wenig zu ihrem Glück gedrängt werden müssen.

Der luxemburgische Premier hat schon mehrfach grundsätzliche Aussagen getroffen, wie Politik funktioniert: Man müsse lügen, wenn es wichtig werde; und die Taktik bei der Weiterentwicklung der EU bestehe darin, dass die Politik etwas in den Raum stellt, wartet, was passiert – und so Fakten schafft.

Auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat vor einigen Jahren in New York gesagt, dass es eine Krise brauche, damit sich Europa verändere.

Daher, so Juncker, sei die aktuelle Krise gar nicht so schlecht für die Region. Zumal darauf hingewiesen werden müsste, dass die Krise nicht in Europa „losgetreten“ worden sei, sondern diese vielmehr „ereilt“ hätte, so Juncker. „Wir sind zum Epizentrum dieser Krise geworden, ohne schlüssige Erklärung.“ Nichtsdestotrotz werde am Ende „dieser Herausforderung“ wieder ein „stärker zusammengefügtes Europa stehen“, fügte Juncker hinzu.

Juncker will, dass man sich in Europa wieder auf das Erreichte zurückbesinnt. „Wir sind nicht stolz auf unsere eigenen Leistungen.“

Man sage in Europa nicht oft genug „wir“, so Juncker. „Wir sagen zu oft ‚ich‘“.

Er selbst sieht sich jedoch nicht als „Motor europäischer Einigung“.

Er versuche, Motoren anderer so zu „ölen“, dass „beide zum Gleichtakt finden“.

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | Veröffentlicht: 19.12.12, 14:59 Uhr | 90 Kommentare





Roland Keller, Herausgeber.
presse@basler-liberale-nachrichten.ch



Gotthard Frick, Freier Mitarbeiter
Sicherheit und Militär



Dr. A. Roger Hoeren, Bangkok/Thl
Mitherausgeber
roger@basler-liberale-nachrichten.ch



Dr. Thierry Meissan, Damaskus/Syrien
Freier Mitarbeiter
bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch



Prof. Dr. Hans Geiger,
Banken und Wirtschaft
hansgeiger@bluewin.ch



Martin Weber,
Lektorat.
martin@basler-liberale-nachrichten.ch



Osman H. Gilani, Peshawar
Freier Mitarbeiter
Pakistan, Indien, Iran.
bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch

Nützliche Links

Presse:

<http://www.zeit-fragen.ch>
<http://www.dw.com/de/themen/s-9077>
<http://www.sueddeutsche.de>
<http://www.klartext.ch/>
<http://www.epochtimes.de>
<http://www.rolandtichy.de>
<http://www.frank-schaeffler.de>
<http://unser-mittleuropa.com>
<http://www.neue-impulse-verlag.de/marxistischeblaetter.html>
<http://www.neues-deutschland.de>
<http://www.osservatoreromano.va/de>
<http://www.zeit-fragen.ch>
<http://www.tachles.ch>
<http://www.jpost.com> Jerusalempost
<http://www.juedische-allgemeine.de>
<http://www.zeit.de/index>
<http://www.eva-herman.net>

Handel:

<http://www.handelsblatt.com>
<http://www.mmnews.de>

Parlamente:

<https://www.admin.ch/gov/de/start.html>
<http://www.bundestag.de>
<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Technik:

<http://www.pcmag.com/article2/0,2817,2416920,00.asp>
<https://www.apple.com/chde/retail/freiestrasse/>

Militär:

<https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/departement-fuer-verteidigung-bevoelkerungsschutz-sport-vbs.html>
<http://www.asmz.ch>
<http://www.schweizer-soldat.ch>
http://www.vtg.admin.ch/internet/vtg/de/home/dokumentation/publik_zeitschr/military_power_revue.html
<http://www.deagel.com>
<http://offiziere.ch>

Internet:

<http://www.wieistmeineip.ch>
<https://www.youtube.com/?hl=de&gl=DE>

Diverses:

<https://www.pinterest.com>
<http://de.gatestoneinstitute.org>

Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ sind parteilos und keiner politischen Partei verpflichtet.

Es ist das Ziel der „Basler Liberale Nachrichten“, Meinungen aus jeder Denkrichtung zu Wort kommen zu lassen.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ ist ein Vertreter einer liberalen und pluralen Meinungsvielfalt.

Die Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors wieder, aber nicht notwendigerweise die der Redaktion der „Basler Liberalen Nachrichten“.

Rechtshinweise:

„Basler Liberale Nachrichten“ (BLN) ist ein freies Presseorgan in Form einer persönlichen an den Adressaten gerichteten Email und gibt Nachrichten weiter im Sinne gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention:

Artikel 10, Freiheit der Meinungsäusserung. Abschnitt 1 – Rechte und Freiheiten (Art.2 – 18 Auszug) Publiziert: 04.11 1950.

(1)

Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk, Fernseh oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

(2)

Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.

2)

Die „Basler Liberale Nachrichten“ übernimmt keinerlei Verantwortung für den Inhalt der „Basler Liberale Nachrichten“. Die Weiterleitung des Webmagazins an Personen die nicht im Abonnementverbund sind, ist nicht gestattet. Die Verwendung von Inhalten oder Teilen ist ausschliesslich an den Abonnenten der „Basler Liberale Nachrichten“ gerichtet und darf nicht weitergeleitet werden.

3)

Die „Basler Liberalen Nachrichten“ übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Seiten. Externe Links sind als solche gekennzeichnet und verweisen auf Urheberrechte Dritter. Jegliche Haftung ist ausgeschlossen.

4)

Urheberrechte

Die Webseiten, Layout und Logo der „Basler Liberalen Nachrichten“ sind urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, die Verwendung von Abbildungen,

die elektronische Verbreitung, und die Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und die Speicherung in Datenverarbeitungsmedien, bleiben vorbehalten.

Erweiterte Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Datenschutz

Wenn Sie mittels EMail oder Onlineformular Kontakt mit „BaslerLiberaleNachrichten“ aufnehmen möchten, sollten Sie wissen, daß Ihre persönlichen Daten (Name, Mailadresse), zur Kommunikation mit Ihnen elektronisch gespeichert werden.

Diese Daten werden grundsätzlich vertraulich behandelt, keinesfalls an Dritte verkauft oder vermietet.

Eine Übermittlung an Dritte erfolgt nur mit Ihrer Einwilligung, insbesondere soweit die Übermittlung zur Erbringung von Ihnen in Anspruch genommener Dienste erforderlich ist.

Mit der Nutzung dieser Website und der Abgabe Ihrer persönlichen Daten per EMail oder Onlineformular geben Sie Ihre Einwilligung zu der hier beschriebenen Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer persönlichen Daten. Sie können diese Einwilligung jederzeit widerrufen und auch die Löschung Ihrer Daten verlangen.

Haftungsausschluß:

1. Inhalt des Onlineangebotes

Der Autor übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen den Autor, die sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, welche durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden sind grundsätzlich ausgeschlossen. Alle Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Der Autor behält es sich ausdrücklich vor, Teile der Seiten oder das gesamte Angebot ohne gesonderte Ankündigung zu verändern, zu ergänzen, zu löschen oder die Veröffentlichung zeitweise oder endgültig einzustellen.

2. Verweise und Links

Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Autoren liegen, distanziert sich der Autor hiermit ausdrücklich von sämtlichen Inhalten, die auf diesen Seiten veröffentlicht werden. Diese Feststellung gilt gleichermaßen auch für Fremdeinträge in vom Autor eingerichteten Gästebüchern, Diskussionsforen und Mailinglisten.

3. Urheberrecht

Der Autor ist bestrebt, in allen Publikationen die Urheberrechte der verwendeten Grafiken, Tondokumente und Texte zu beachten, von ihm selbst erstellte Grafiken, Tondokumente und Texte zu nutzen oder auf lizenzfreie Grafiken, Tondokumente und Texte zurückzugreifen. Sollte sich auf den Seiten dieser Website dennoch eine ungekennzeichnete, aber durch fremdes Urheberrecht geschützte Grafik, Tondokument oder Text befinden, so konnte das Urheberrecht vom Autor nicht festgestellt werden. Im Falle einer solchen unbeabsichtigten Urheberrechtsverletzung wird der Autor das entsprechende Objekt nach Benachrichtigung aus seiner Publikation entfernen oder mit dem entsprechenden Urheberrecht kenntlich machen.

Das Urheberrecht für veröffentlichte, vom Autor selbst erstellte Objekte bleibt allein beim Autor der Seiten. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Grafiken, Tondokumente oder Texte in

anderen elektronischen oder gedruckten Publikationen ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

4. Rechtswirksamkeit dieses Haftungsausschlusses

Dieser Haftungsausschluss ist als Teil des Internetangebotes zu betrachten, von dem aus auf diese Seite verwiesen wurde. Sofern Teile oder einzelne Formulierungen dieses Textes der geltenden Rechtslage nicht, nicht mehr oder nicht vollständig entsprechen sollten, bleiben die übrigen Teile des Dokumentes in ihrem Inhalt und ihrer Gültigkeit davon unberührt.

Auf alle Rechtsbeziehungen aus dem Vertrag zwischen der Betreiberin des Magazins und Website und dem Nutzer sowie diesen AGB ist Schweizerisches Recht unter Ausschluss der Bestimmungen des UNKaufrechts anwendbar.

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Basel als der Sitz der Betreiberin des Magazins und Website. Die Verhandlungssprache ist ausschliesslich Deutsch.

Die Betreiberin des Magazins und Website, kann allerdings Klagen gegen den Nutzer auch an dessen Sitz oder Wohnsitz anhängig machen.

Basel, den 3. Januar 201216

Erweiterte Nutzungsbedingungen Basler Liberale Nachrichten

Alle unsere Artikel, an denen wir die notwendigen Rechte verfügen, das heisst, alle ausser Agenturmeldungen und sowie Gastbeiträgen, dürfen Sie kostenlos kopieren und auf Ihrer Website oder in einem anderen Medium publizieren.

Bitte beachten Sie folgende Punkte:

Die Artikel unterliegen der Creative Commons BYNCND 3.0 CH Lizenz und sind entsprechend gekennzeichnet. Ohne Kennzeichnung, darf der Artikel nicht weiterverwertet werden.

Artikel dürfen nicht bearbeitet werden und müssen – sofern der Artikel online publiziert wird – inklusive aller darin enthaltenen Links publiziert werden.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ muss als Quelle genannt und – wenn der Artikel online publiziert wird – auf den Originalartikel verlinkt werden.

Autorenzeile muss lauten:

Name des Autors: xxx,

Quelle: „Basler Liberale Nachrichten“.

Bilder und Grafiken dürfen verwendet werden.

Nicht zugelassen:

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht systematisch oder automatisiert kopiert werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht für politische, religiöse, rassistische Kampagnen oder in Werbekampagnen eingesetzt werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel kommerzielle Nutzung nur in Absprache mit:
blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel darf nicht im Zusammenhang mit entsprechender themenbezogener Werbung eingesetzt werden.

Bitte kontaktieren Sie:

blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

BLN 11. August 2016

Das Copyright dieser und der Folgeseiten liegt, wenn nicht anders vermerkt, bei den
„**Basler Liberalen Nachrichten**“,
Roland Keller, CH4001Basel / SCHWEIZ

Die Beiträge stellen ausschließlich die Meinungen der Verfasser bzw. Verfasserinnen dar.

Die Meinung muss nicht zwangsläufig diejenige der Redaktion wiedergeben.

License: CC BY 3.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>

Sie dürfen:

Teilen – das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten

Bearbeiten – das Material remixen, verändern und darauf aufbauen und zwar für beliebige Zwecke, sogar kommerziell.

Der Lizenzgeber kann diese Freiheiten nicht widerrufen solange Sie sich an die Lizenzbedingungen halten.

Unter folgenden Bedingungen:

Namensnennung – Sie müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben machen, einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.

Hinweise:

Sie müssen sich nicht an diese Lizenz halten hinsichtlich solcher Teile des Materials, die gemeinfrei sind, oder soweit Ihre Nutzungshandlungen durch Ausnahmen und Schranken des Urheberrechts gedeckt sind.

Es werden keine Garantien gegeben und auch keine Gewähr geleistet.

Die Lizenz verschafft Ihnen möglicherweise nicht alle Erlaubnisse, die Sie für die jeweilige Nutzung brauchen. Es können beispielsweise andere Rechte wie Persönlichkeits- und Datenschutzrechte zu beachten sein, die Ihre Nutzung des Materials entsprechend beschränken.

Haftungshinweis

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen.